

Dringliche Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die
Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 25. Oktober 1968

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter
Dr. Haas | Zu welchem Ergebnis haben die Untersuchungen über den Tod des Flottillenadmirals a. D. Lüdke hinsichtlich des entstandenen Spionageverdachts geführt? |
| 2. Abgeordneter
Dr. Haas | Hat die vorzeitige Pensionierung des Flottillenadmirals a. D. Lüdke zum 30. September 1968 in irgendeinem Zusammenhang zu den am 23. September 1968 entdeckten Ablichtungen von Nato-Dokumenten gestanden? |
| 3. Abgeordneter
Dr. Haas | Auf welche Weise stellt die Bundesregierung jetzt nach dem Tod des Flottillenadmirals a. D. Lüdke fest, ob es sich um einen Spionagefall handelt oder nicht, da mit einer gerichtlichen Klärung offenbar nicht mehr zu rechnen ist? |
| 4. Abgeordneter
Ollesch | Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Generalbundesanwalts, daß der Militärische Abschirmdienst (MAD) bei den Untersuchungen über die Umstände des Todes von Flottillenadmiral a. D. Lüdke die Bundesstaatsanwaltschaft zu spät eingeschaltet hat? |
| 5. Abgeordneter
Ollesch | Wenn Frage 4 bejaht wird, warum hat der MAD die Bundesstaatsanwaltschaft nicht früher hinzugezogen? |
| 6. Abgeordneter
Schultz
(Gau-
Bischofsheim) | Da der Militärische Abschirmdienst nicht staatsanwaltschaftliche Befugnisse hat — auf welche Weise hat die Bundesregierung sichergestellt, daß bei jedem auftauchenden Spionageverdacht die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsorgane sofort benachrichtigt werden? |
| 7. Abgeordneter
Collet | Seit wann hat gegen Flottillenadmiral Lüdke Spionageverdacht vorgelegen? |
| 8. Abgeordneter
Collet | Treffen Presseberichte zu, nach denen der MAD trotz frühzeitigen Verdachts einer Spionagetätigkeit nicht rechtzeitig und ausreichend tätig wurde? |

9. Abgeordneter
Collet
- In welchem Zusammenhang steht der Fall Lüdke mit anderen in letzter Zeit bekanntgewordenen Selbstmorden bedeutender Geheimnisträger bzw. mit ihrem Verschwinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

10. Abgeordneter
Dr. Bardens
- Nachdem die Öffentlichkeit durch mehrere Selbstmorde, eventuell auch Mordfälle, bei wichtigen Geheimnisträgern erheblich beunruhigt ist, frage ich die Bundesregierung: muß befürchtet werden, daß der Staatsschutz in der Bundesrepublik Deutschland unzureichend ist?
11. Abgeordneter
Dr. Bardens
- Trifft es zu, daß die Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes über zu geringe Kompetenzen verfügt und sich daraus Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den örtlichen Polizeibehörden ergeben?
12. Abgeordneter
Dr. Bardens
- Stimmt die Bundesregierung mit mir darin überein, daß es besser wäre, rechtzeitig die Öffentlichkeit ausreichend aufzuklären, als durch widersprüchliche Informationen verschiedener Stellen die Unruhe in der Bevölkerung noch zu vermehren?

Bonn, den 24. Oktober 1968